

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Kämmereiamt

**Haushaltsjahr 2007
vorläufiger Jahresabschluss**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	01.10.2008	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	16.10.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. *Der Gemeinderat genehmigt nachträglich die in Anlage 1 aufgeführten über-/außerplanmäßigen Aufwendungen/ Ausgaben.*
2. *Der Gemeinderat nimmt die Information über den vorläufigen Jahresabschluss 2007 bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Vermögensrechnung (Schlussbilanz) zur Kenntnis.*
3. *Der Gemeinderat nimmt die in das Haushaltsjahr 2008 zu übertragenden Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste) zustimmend zur Kenntnis (Anlage 2).*
4. *Der Gemeinderat stellt die Bildung von Fehlbeträgen und Überträgen ins Folgejahr im Rahmen der Budgetabschlüsse unter Berücksichtigung der in Einzelfällen erfolgten Anrechnungen für die einzelnen Teilhaushalte fest (Anlage 3).*

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Überschreitungen 2007, die durch den Gemeinderat zu genehmigen sind
A 2	In das Folgejahr 2008 zu übertragende Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste)
A 3	Budgetabschlüsse 2007
A 4	Schlussbilanz auf den 31.12.2007

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1	+	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Bis zum Jahresende 2007 sind nicht erkennbare unabweisbare Überschreitungen entstanden, die vom Gemeinderat zu genehmigen sind. Die Deckung ist gewährleistet durch entsprechende Minderaufwendungen/-auszahlungen oder Mehrerträge/-einzahlungen im Haushaltsjahr 2007.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

(keine)



II. Begründung:

1. Nachträgliche Genehmigung über-/außerplanmäßiger Aufwendungen/ Ausgaben

Soweit Überschreitungen während des Haushaltsjahres 2007 erkennbar wurden, sind sie den zuständigen Organen zur Genehmigung vorgelegt worden. Die bis zum Rechnungsabschluss noch entstandenen unabweisbaren Überschreitungen, für deren Genehmigung der Gemeinderat zuständig ist, werden mit Deckungsnachweisen und Erläuterungen hiermit vorgelegt (Anlage 1).

Die nachträgliche Genehmigung wird beantragt.

2. Information über den vorläufigen Jahresabschluss 2007

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg hat im Februar 2006 dem Vorschlag der Verwaltung zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts (NKHR) in Heidelberg zum 01.01.2007 zugestimmt.

Als „Pilotanwender“ ging die Stadt Heidelberg als eine der ersten Städte in Baden-Württemberg auf die Reise in das Neue Kommunale Haushaltsrecht. Diese Umstellung war die umfangreichste Veränderung seit Einführung der EDV. Um das Projekt erfolgreich bewältigen und die ehrgeizigen Ziele erreichen zu können, waren und sind große Anstrengungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig.

Nachdem der erste doppische Haushaltsplan am 03.05.2007 vom Gemeinderat verabschiedet wurde, standen mit dem Vollzug und Abschluss des Haushaltsjahres 2007 bereits die nächsten Herausforderungen an. Viele offene haushaltsrechtliche und insbesondere softwaretechnische Fragen und Probleme galt es zu bewältigen. Dies führte letztlich zu einer zeitlichen Verzögerung bei der Erstellung des ersten doppischen Jahresabschlusses. Bereits mit dem nächsten Jahresabschluss 2008 sollten diese „Kinderkrankheiten“ behoben sein und mit den gesammelten Erfahrungen eine zeitnahe Vorlage des Jahresabschlusses möglich sein.

Selbst nach Bewältigung der auftauchenden Fragestellungen im Rahmen der Kommunalen Doppik kann zum jetzigen Zeitpunkt nur ein vorläufiger Jahresabschluss vorgelegt werden.

Der Jahresabschluss besteht nach § 92 Absatz 2 E-GemO vom 15.11.2007 aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz. Vor der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Gemeinderat hat das Rechnungsprüfungsamt nach § 110 Absatz 1 Nr. 4 E-GemO vom 15.11.2007 zu prüfen, ob „das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind“. Dies setzt eine geprüfte Eröffnungsbilanz voraus.

Da dem Rechnungsprüfungsamt nach § 110 Absatz 2 E-GemO vom 15.11.2007 vier Monate zur Prüfung des Jahresabschlusses eingeräumt werden und dem Rechnungsprüfungsamt erst jetzt die Eröffnungsbilanz auf den 01.01.2007 vorgelegt werden konnte, wird die Feststellung des Jahresabschlusses 2007 durch den Gemeinderat nicht bis zum 31.12.2008 erfolgen können, sondern erst im Laufe des Jahres 2009.

Um Rechtssicherheit zu erlangen, haben wir das Regierungspräsidium Karlsruhe über die zeitliche Verzögerung der Vorlage der Eröffnungsbilanz, des Jahresabschlusses bzw. des Rechenschaftsberichts informiert.

Das vorläufige Jahresergebnis 2007 (ohne Sonderrechnung Bahnstadt und rechtlich selbständige Stiftungen) stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

2.1 Ergebnishaushalt/ -rechnung

Gesamtübersicht

Beträge in €

	Plan 2007	Ergebnis 2007	Abweichung
Steuern und ähnliche Abgaben	138.642.000	156.413.164	17.771.164
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	128.908.330	144.073.791	15.165.461
Sonstige Transfererträge	4.192.000	5.551.003	1.359.003
Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	59.755.990	53.821.885	- 5.934.105
Privatrechtliche Leistungsentgelte	16.296.610	20.876.029	4.579.419
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.342.310	13.616.344	6.274.034
Finanzerträge	5.971.920	6.842.044	870.124
Aktivierete Eigenleistungen	1.322.220	1.858.701	536.481
Sonstige ordentliche Erträge	8.455.950	23.207.727	14.751.777
Ordentliche Erträge	370.887.330	426.260.688	55.373.358
Personal- und Versorgungsaufwendungen	110.029.100	133.018.842	22.989.742
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	66.734.530	68.028.966	1.294.436
Bilanzielle Abschreibungen	16.289.180	33.336.825	17.047.645
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	6.880.300	6.206.545	- 673.755
Transferaufwendungen	128.941.570	128.311.803	- 629.767
Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.072.030	40.320.602	- 751.428
Ordentliche Aufwendungen	369.946.710	409.223.583	39.276.873
Ordentliches Ergebnis	940.620	17.037.105	16.096.485
Realisierte außerordentliche Erträge	0	4.439.626	4.439.626
Realisierte außerordentliche Aufwendungen	0	3.501.910	3.501.910
Sonderergebnis	0	937.716	937.716
Gesamtergebnis	940.620	17.974.821	17.034.201

Die Ertrags- und Aufwandsarten werden nachfolgend detailliert dargestellt und erläutert.

2.1.1 Ordentliche Erträge

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Grundsteuer A und B (3011/3012)	24,314	24,334	+0,020

Im Rahmen der Beschlussfassung über den Doppelhaushalt 2007/2008 hat der Gemeinderat die Hebesätze der Grundsteuer A und B unverändert bei 250 v. H. bzw. 470 v. H. belassen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gewerbsteuer (3013)	56,000	68,354	+12,354

Der Hebesatz für die Gewerbsteuer blieb unverändert bei 400 v. H..

Die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen hat bei der Darstellung des Rechnungsergebnisses auch bei den Steuern eine Veränderung mit sich gebracht: Abgänge von Forderungen durch Niederschlagung oder Erlass wurden bisher unmittelbar bei den Steuereinnahmen abgesetzt (Nettodarstellung). Das doppische System stellt diesen Vorgang jedoch brutto dar: die Absetzungen werden als Aufwand gebucht. Will man also das Gewerbesteuerergebnis mit dem Ansatz oder mit kameraleen Ergebnissen aus Vorjahren vergleichen, so darf man nicht nur rein die Gewerbesteuererträge betrachten sondern man muss immer auch die Aufwendungen aus der Absetzung von Forderungen gegenrechnen. Diese können – wie in 2007 mit 6,8 Mio. € – von erheblicher Höhe sein. So betrachtet ergibt sich für die Gewerbsteuer in 2007 ein Ergebnis von 61,6 Mio. € gegenüber dem Ansatz von 56,0 Mio. €.

Grund für das gute Ergebnis 2007 waren vor allem hohe Nachzahlungen für Vorjahre. Damit liegt Heidelberg nicht im Bundestrend, denn zahlreiche Städte und Gemeinden konnten bereits im Jahr 2006 hohe Nachzahlungen vereinnahmen, so dass deren Nachzahlungen in 2007 deutlich geringer ausfielen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (3021)	45,520	50,520	+5,000

Die Steuerquelle der Städte und Gemeinden mit der bundesweit dynamischsten Entwicklung war im Jahr 2007 die Einkommensteuer. In Baden-Württemberg stieg der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gegenüber dem Vorjahr um 12 %.

Dieses über Erwartungen starke Wachstum ist u. a. auf folgendes zurückzuführen: Abschaffung der Eigenheimzulage, Reduzierung des Sparerfreibetrags, außerordentlich hohe Dividendenausschüttungen vieler Unternehmen, höhere Lohnsteigerungen und eine kräftige Beschäftigungszunahme.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (3022)	7,300	7,588	+0,288

Stärker als erwartet stieg auch der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Ursachen hierfür waren u. a. die Anhebung des Umsatzsteuersatzes und die verbesserte Entwicklung der Inlandsnachfrage.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige Gemeindesteuern (303)	0,888	0,932	+0,044

In den sonstigen Steuern enthalten sind die Erträge aus der Vergnügungssteuer, der Hundesteuer, der Jagdsteuer sowie der Zweitwohnungssteuer.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Familienleistungsausgleich (3051)	3,920	3,968	+0,048

Zum Ausgleich der durch die Systemumstellung bei der Kindergeldauszahlung entstehenden Mindererträge sind den Gemeinden im Rahmen des Familienleistungsausgleichs 320,2 Mio. € in 2007 zugeflossen. Die Aufteilung erfolgt nach den Schlüsselzahlen zur Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer (für Heidelberg 0,0123031).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeld) (3052)	0,700	0,717	+0,017

Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) entfallen auch die Wohngeldzahlungen des Landes. Die nach (Vorweg)Abzug von Umsatzsteueranteilen für die „Ost-Länder“ verbleibende Entlastung des Landes wird anteilig an die Kommunen weitergeleitet.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Schlüsselzuweisungen (FAG) (3111)	81,550	90,403	+8,853

Basis für die Bildung des Haushaltsansatzes 2007 bei den Schlüsselzuweisungen vom Land waren die Eckdaten aus dem Haushaltserlass des Landes 2007 vom 13.11.2006. Im Ergebnis wurden die Eckdaten deutlich übertroffen. Infolge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konnte das Land z. B. den Grundkopfbetrag je Einwohner von ursprünglich 766 € auf 799 € erhöhen. Für Heidelberg hat sich außerdem günstig ausgewirkt, dass wir im Jahr 2005 entgegen dem Bundes- und Landestrend nur minimal ansteigende Gewerbesteuereinnahmen hatten. Dies führte in 2007 dazu, dass uns aufgrund unserer niedrigen Steuerkraft ein prozentual höherer Anteil an Schlüsselzuweisungen zufloss.

Positiv entwickelt hat sich auch die Einwohnerzahl mit einem Anstieg von 143.276 (Stichtag 30.06.2005; maßgeblich für die Schlüsselzuweisungen 2006) auf 144.358 (Stichtag 30.06.2006; maßgeblich für die Schlüsselzuweisungen 2007); hier macht sich auch die Einführung der Zweitwohnungssteuer zum 01.01.2006 bemerkbar.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige allgemeine Zuweisungen (3131)	11,346	13,198	+1,852

Das positive Ergebnis resultiert in erster Linie aus Mehrerträgen bei der Grunderwerbsteuer. Der Haushaltsansatz 2007 wurde auf der Basis der Rechnungsergebnisse der Vorjahre gebildet. Die Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens der letzten fünf Jahre zeigt sehr deutlich, dass gerade bei dieser Steuer keine Kontinuität gewährleistet ist, sondern dass sich ein ständiges Auf und Ab ergibt.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (314)	28,674	30,026	+1,352

Mehrerträge ergaben sich insbesondere im Rahmen des Soziallasten-/ Eingliederungslasten- ausgleichs nach dem FAG und durch höhere Zuschüsse im Bereich Altlastensanierung. Zuweisungen für den ÖPNV im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches waren im Plan nicht enthalten.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grund- sicherung für Arbeitssuchende (319)	5,900	6,033	+0,133

Der Bund beteiligt sich mit 35,2 % an den Kosten der Unterkunft. Höhere Mietaufwendungen führten zu entsprechenden Mehrerträgen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Ersatz sozialer Leistungen (321/322)	4,192	5,551	+1,359

Mehrerträge im Sozialbereich mit insgesamt rund 860 T€ ergaben sich insbesondere bei der Hilfe zur Pflege sowie der Eingliederungshilfen für behinderte Menschen. Die Ursachen hierfür liegen zum einen in Nachzahlungen für Vorjahre zum anderen sind andere Leistungserbringer wie Krankenkassen, Versicherungen etc. vorrangig leistungs verpflichtet. Die restlichen Mehrerträge resultieren in erster Linie aus Mehrerträgen im Bereich Hilfen für junge Menschen (+292.000 €) aufgrund einer Änderung der Kostenbeitragsrichtlinien für vollstationäre Unterbringung sowie eines größeren Erstattungsfalls.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte (331/332)	59,439	52,867	-6,572

Entgegen der Zuordnung in der Planung werden die Benutzungsentgelte für Kindertagesstätten sowie Erträge im Bereich Abfallwirtschaft bei privatrechtlichen Leistungsentgelten gebucht und finden sich daher im Ergebnis 2007 in der Position „Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“ wieder.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erträge aus Mieten und Pachten, Verkauf und sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten. (341/342/346)	16,297	20,876	+4,579

Entgegen der Zuordnung in der Planung werden die Benutzungsentgelte für Kindertagesstätten sowie Erträge im Bereich Abfallwirtschaft bei privatrechtlichen Leistungsentgelten gebucht und finden sich daher im Ergebnis 2007 in der Position „Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“ wieder.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erträge aus Erstattungen (348)	7,342	13,616	+6,274

Im kameralen Rechnungswesen wurden die abgeordneten Mitarbeiter (Personalgestellung) über das Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge abgewickelt. In der Doppik ist dies nicht mehr möglich; sie müssen als echter Personalaufwand behandelt werden, dem in gleicher Höhe Erstattungen der entsprechenden Institutionen gegenüberstehen, so dass sich im Saldo keine finanziellen Belastungen für die Stadt ergeben. In 2007 fielen hierfür Aufwendungen von rund 5,86 Mio. € an. In künftigen Jahren werden diese Positionen bereits bei der Ansatzbildung berücksichtigt (siehe auch Erläuterungen Personal- und Versorgungsaufwendungen).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Konzessionsabgabe (351)	8,400	8,246	-0,154

Die Konzessionsabgabe orientiert sich an der Entwicklung bei den Stadtwerken Heidelberg AG.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zinserträge (361)	0,533	1,294	+0,761

Der positive Verlauf des Haushaltsjahres ermöglichte, die Zinserträge aus Geldanlagen erheblich zu steigern.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Bußgelder, Säumniszuschläge, sonstige Finanzerträge (359/363/365/369)	5,494	5,787	+0,293

Die Mehrerträge aus Verzinsungen aus Steuerforderungen resultieren aus dem Volumen der Steuernachforderungen für Vorjahre. Mindererträge entstanden hingegen bei den Buß- und Verwarnungsgeldern.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen (371)	1,322	1,859	+0,537

Hierbei handelt es sich um Leistungen, die u.a. das Gebäudemanagement, die Regiebetriebe Gartenbau und Straßenunterhaltung sowie die Werkstätten für investive Maßnahmen des Finanzhaushalts erbringen und so das Anlagevermögen erhöhen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Auflösung von Zuweisungen für Investitionen (316)	1,438	4,414	+2,976
Auflösung von Beiträgen für Investitionen (337)	0,318	0,955	+0,637
Auflösung sonstige Sonderposten (357)	0	0,273	+0,273

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (358)	0	14,450	+14,450

Nach dem neuen Haushaltsrecht sind für ungewisse Verbindlichkeiten und für hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts unbestimmte Aufwendungen Rückstellungen zu bilden, so auch für Pensions-, Beihilfe- und sonstige Rückstellungen wie Altersteilzeit.

In 2007 fielen hierfür Aufwendungen von rund 18,1 Mio. € an, denen wiederum rund 14,45 Mio. € an Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen gegenüberstehen, so dass sich im Saldo lediglich eine finanzielle Belastung von rund 3,65 Mio. € ergibt (siehe auch Erläuterung Personal- und Versorgungsaufwendungen).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Ordentliche Erträge gesamt	370,887	426,261	+55,374

2.1.2 Ordentliche Aufwendungen

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Personal- und Versorgungsaufwendungen (400/410)	110,029	133,019	+22,990

Im kameralen Rechnungswesen wurden die abgeordneten Mitarbeiter (Personalgestellung) über das Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge abgewickelt. In der Doppik ist dies nicht mehr möglich; sie müssen als echter Personalaufwand behandelt werden, dem in gleicher Höhe Erstattungen der entsprechenden Institutionen gegenüberstehen, so dass sich im Saldo keine finanziellen Belastungen für die Stadt ergeben und dieser Mehraufwand nur formal zu genehmigen ist. In 2007 fielen hierfür Aufwendungen von rund 5,86 Mio. € an (siehe auch Erläuterungen Erträge aus Erstattungen).

Daneben sind nach dem neuen Haushaltsrecht für ungewisse Verbindlichkeiten und für hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts unbestimmte Aufwendungen Rückstellungen zu bilden, so auch für Pensions-, Beihilfe- und sonstige Rückstellungen wie Altersteilzeit. In 2007 fielen hierfür Aufwendungen von rund 18,16 Mio. € an, denen wiederum rund 14,45 Mio. € an Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen gegenüberstehen, so dass sich im Saldo lediglich eine finanzielle Belastung von rund 3,65 Mio. € ergibt.

Lässt man diese beiden Positionen außen vor und betrachtet nur die "reinen städtischen" Aufwendungen ergibt sich beim Personalaufwand eine Unterschreitung gegenüber dem Ansatz von rund 1,04 Mio. €.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Unterhaltung des unbeweglichen und beweglichen Vermögens (421/422)	15,550	17,519	+1,969

Die Mehraufwendungen entstanden zum Großteil im Bereich der Gebäudeunterhaltung, insbesondere durch die Abrechnung der Wartungspauschale der Kommunalen Infrastruktur und Service GmbH (KIS), die im Haushaltsplan 2007 noch nicht veranschlagt war und im Bereich der Straßeninstandhaltung aufgrund eines höheren Instandhaltungsaufwandes sowie durch die Abwicklung von größeren Instandhaltungsmaßnahmen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Mieten und Pachten (423)	5,502	4,913	-0,589

Durch den späteren Umzugszeitpunkt verringerten sich die geplanten Mietaufwendungen für die neue Feuerwache. Gleichzeitig wurden zunächst nur Abschlagszahlungen in Rechnung gestellt. Im Rahmen der Neuorganisation der Wohnungsverwaltung beim Amt für Soziales und Senioren (Wohnungsnotfälle/ Obdachlose/ Unterbringung von Flüchtlingen) wurden die Mietverträge über die kostenaufwendigen, dezentralen Unterkünfte sowie die Gemeinschaftsunterkunft Alte Eppelheimer Str. 80 gekündigt. Die Bewohner/innen wurden je nach Fallkonstellation innerhalb des bestehenden Wohnkontingents – dabei wurden auch die neuen Notwohnungen in der Henkel-Teroson-Straße Zug um Zug belegt – umgesetzt. Infolge der rückläufigen Zahlen bei den Flüchtlingen wurden gleichzeitig Überkapazitäten abgebaut.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Grundstücksbewirtschaftung (424)	11,182	11,018	-0,164

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Haltung von Fahrzeugen (425)	1,439	1,623	+0,184

Höhere Reparatur und Wartungskosten sowie höhere Treibstoffkosten führten insbesondere in den Bereichen Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung, Feuerwehr sowie Landschafts- und Forstamt zu den Mehraufwendungen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte (426)	1,193	1,066	-0,127

Bei den „Besonderen Aufwendungen für Beschäftigte“ handelt es sich in erster Linie um Aufwendungen für Aus- und Fortbildungen, Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung sowie persönliche Ausrüstungsgegenstände.

Insbesondere in den Teilhaushalten des Personal- und Organisationsamtes und des Kinder- und Jugendamtes wurden die veranschlagten Beträge nicht vollständig verausgabt.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Verwaltungs- und Betriebs- aufwendungen (427-429)	31,869	31,891	+0,022
Geschäftsaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwen- dungen (441-444/449)	10,726	9,203	-1,523

Die Unterschreitung ist in erster Linie auf die Einführung der Kommunalen Doppik zurückzuführen. Aufwendungen, die sich auf 2006 beziehen, aber erst 2007 kassenwirksam wurden, sind als außerordentliche Aufwendungen zu buchen (siehe auch Erläuterung unter außerordentliche Aufwendungen).

Zusätzlich führte die sparsame Mittelbewirtschaftung in mehreren Bereichen zu Minderaufwendungen, die im Rahmen des Jahresabschlusses übertragen wurden. In 2008 stehen diese Mittel zusätzlich zur Bewirtschaftung zur Verfügung.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (431)	31,159	30,933	-0,226

Eine geringere Nachfrage nach Gutscheinen für die Kleinkinderbetreuung führte zu der Planabweichung.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Schuldendiensthilfen (Wohnungsentwicklungsprogramm) (432)	1,200	0,383	-0,817

Für barrierefreie Maßnahmen und Eigentumsförderung wurden in 2007 Bewilligungen in Höhe des Planansatzes ausgesprochen. Diese wurden jedoch bis zum Jahresende nur zum Teil abgerufen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sozialtransferaufwendungen (433)	51,453	49,220	-2,233

Im Ergebnis blieben die Aufwendungen der Sozialhilfe um rund 730 T€ hinter den Ansätzen zurück. Rückläufig waren dabei die Aufwendungen für ausländische Flüchtlinge infolge eines Rückgangs der Fallzahlen. Auch bei der ambulanten Hilfe zur Pflege entstanden – trotz konstanter Fallzahlen – Einsparungen; hier macht sich das Instrument der Hilfeplanung entsprechend bemerkbar. Die Aufwendungen bei der stationären Hilfe zur Pflege konnten trotz eines leichten Anstiegs der Personen in etwa auf dem Niveau gehalten werden. Gestiegen sind dagegen die Aufwendungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsfähigkeit; hier steigen die Fallzahlen seit einigen Jahren konstant an. Ebenfalls Mehraufwendungen zu verzeichnen gab es bei den Hilfen zur Gesundheit, zum einen wegen Nachzahlungen für 2006 und früher, zum anderen wurden in 2007 insgesamt fünf Kassenbeitrags quartale abgerechnet.

Durch den Ausbau und die verstärkte und zielgerichtete Nutzung präventiver Strukturangebote in der Jugendhilfe konnten die Aufwendungen für intensive Individualhilfen um rund 1,5 Mio. € reduziert werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Gewerbsteuerumlage (4341)	10,220	12,974	+2,754

Die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer führte zu einer entsprechend höheren Umlagebelastung.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
FAG-Umlage (4371)	33,380	33,383	+0,003

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
LWV-Umlage (43721)	0,760	0,892	+0,132
Umlage KVJS (43722)	0,630	0,482	-0,148
Allgemeine Zuweisungen und Sonstige Umlagen (435/4373)	0,139	0,045	-0,094

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erstattungen für Aufwendungen für Dritte (445)	13,006	13,249	+0,243

Die Erstattung der Vorverkaufsgebühren an die HKT für den Ticketverkauf des Theater und Orchesters sowie die Erstattung an die RNV (Fahrkostenanteil an verkauften Eintrittskarten) wird ab 2007 separat als Aufwand ausgewiesen und nicht mehr von den Einnahmen abgesetzt. Dies war in den Planansätzen noch nicht berücksichtigt.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (446)	17,340	17,868	+0,528

Gebucht werden hier die anfallenden Kosten der Unterkunft für den Personenkreis der Arbeitssuchenden (Hartz IV). Insbesondere die gestiegenen Mietnebenkosten führten zu diesem Mehraufwand. Der Bund beteiligt sich mit 35,2 % an den Kosten, so dass im Saldo lediglich ein Mehraufwand von rund 0,4 Mio. € zu verzeichnen war.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Zinsaufwendungen (451/453)	6,231	6,037	-0,194

Minderaufwendungen bei den Zinsen aufgrund geringerer Kreditaufnahmen führten zu der Abweichung.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Sonstige Finanzaufwendungen (459)	0,650	0,169	-0,481

Minderaufwendungen ergaben sich bei der Verzinsung von Steueransprüchen. Die Verzinsung unterliegt Schwankungen, die nicht voraussehbar und auch nicht zu beeinflussen sind.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Bilanzielle Abschreibungen (47)	16,289	33,337	+17,048

Die Einführung der Kommunalen Doppik fordert u.a. die vollständige Erfassung und Bewertung der Vermögens. Bei der Haushaltsplanaufstellung 2007/2008 war das städtische Vermögen noch nicht abschließend erfasst und bewertet. In 2007 wurden insbesondere das Infrastrukturvermögen, die Grünanlagen und die Wohngebäude noch aufgenommen und erhöhen somit wesentlich die bilanziellen Abschreibungen.

Ordentliche Aufwendungen gesamt	369,947	409,224	+39,277
--	----------------	----------------	----------------

2.1.3 Außerordentliche Erträge

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Außerordentliche Erträge (50/531)	0	4,440	+4,440

Bei der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden ist die Differenz von Restbuchwert und Verkaufserlös als außerordentlicher Ertrag (ca. 1,9 Mio. € in 2007) zu buchen.

Im Rahmen der Kommunalen Doppik sind periodenfremde (das Vorjahr betreffende) Erträge als außerordentliche Erträge zu buchen. Die Erträge in Höhe von ca. 2 Mio. € beziehen sich auf Leistungen aus 2006, die erst 2007 kassenwirksam wurden.

2.1.4 Außerordentliche Aufwendungen

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Außerordentliche Aufwendungen (51/532)	0	3,502	+3,502

Hierbei handelt es sich in erster Linie um periodenfremde (das Vorjahr betreffende) Aufwendungen (2,828 Mio. €), die im Rahmen der Kommunalen Doppik als außerordentliche Aufwendungen zu buchen sind. Die Aufwendungen beziehen sich auf Leistungen in 2006, die erst 2007 kassenwirksam wurden.

2.1.5 In das Folgejahr zu übertragende Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste)/ Budgetüberträge

Im Ergebnishaushalt wurden Mittel in Höhe von 1,2 Mio. € in das Folgejahr übertragen (Anlage 2). Im Gegensatz zur Kameralistik belasten diese Überträge nicht mehr das Jahr 2007 sondern das Jahr, in dem die Aufwendungen tatsächlich erfolgen (Ressourcenverbrauchsprinzip). Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden zudem für die einzelnen Ämter Budgetabschlüsse im Saldo von rund 5,1 Mio. € erstellt. Diese Budgetabschlüsse beziehen sich grundsätzlich auf die von den Ämtern beeinflussbaren Aufwandspositionen und – bei Zuschussbudgetierungen – auch auf die beeinflussbaren Erträge, wobei in Einzelfällen unterjährige Veränderungen der Rahmenbedingungen berücksichtigt wurden. Insbesondere die vom Betrag her nennenswerten Jahresüberträge sind häufig zu einem großen Teil durch erteilte Aufträge, laufende Projekte oder präventive Maßnahmen gebunden. In der Anlage 3 wird detailliert über die Budgetabschlüsse der einzelnen Teilhaushalte sowie über die vorgenommenen Anrechnungen im Rahmen der Ermittlung der Budgetabschlüsse berichtet.

2.2 Finanzhaushalt/-rechnung

Gesamtübersicht

Beträge in €

	Plan 2007	Ergebnis 2007	Abweichung
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	367.809.260	395.975.429	28.166.169
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	353.657.530	355.486.978	1.829.448
Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.151.730	40.488.451	26.336.721
Investitionszuwendungen	2.849.060	3.277.317	428.257
Investitionsbeiträge	2.000.000	39.406	- 1.960.594
Veräußerung von Sachvermögen	22.385.500	20.865.979	- 1.519.521
Einzahlungen sonstige Investitionstätigkeit	0	55.250	55.250
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	27.234.560	24.237.952	- 2.996.608
Erwerb von Grundstücken	9.372.000	9.406.460	34.460
Baumaßnahmen	43.254.340	24.436.010	- 18.818.330
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.657.860	6.160.731	- 4.497.129
Erwerb von Finanzvermögen	61.000	200	- 60.800
Investitionsfördermaßnahmen	6.348.000	2.105.712	- 4.242.288
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	69.693.200	42.109.113	- 27.584.087
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 42.458.640	- 17.871.161	24.587.479
Finanzierungsmittelfehlbetrag/-überschuss	- 28.306.910	22.617.290	50.924.200
Kreditaufnahmen / Restkaufpreisschulden / Rückflüsse von Darlehen / Umschuldungen	30.912.160	10.153.787	- 20.758.373
Tilgung von Krediten / Umschuldungen/ Gewährung von Darlehen	6.604.500	15.132.702	8.528.202
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	24.307.660	-4.978.915	- 29.286.575
Finanzierungsmittelbestand	- 3.999.250	17.638.375	21.637.625
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0	40.454.391	40.454.391
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0	39.539.020	39.539.020
Haushaltsunwirksame Vorgänge	0	915.371	915.371
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	0	10.179.473	10.179.473
Endstand an Zahlungsmitteln	-3.999.250	28.733.219	32.732.469

Im Folgenden werden die Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts detailliert dargestellt.

2.2.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Investitionszuwendungen	2,849	3,277	+0,428

Höhere Investitionszuwendungen in den Bereichen Schulen und Tiefbau sowie für den Neubau Feuerwache führten zu der Planabweichung von rund 428.000 €.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Beiträge	2,000	0,040	-1,960

Verzögerungen bei der Erschließung und Vermarktung der neuen Baugebiete Im Bieth und Schollengewann führten zu geringeren Einnahmen aus Erschließungs- und Abwasserbeiträgen.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Veräußerung von Sachvermögen	22,386	20,866	-1,520

Gebucht werden hier insbesondere Erlöse aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 16,5 Mio. €; darunter die Vermögensübertragung an die GGH in Höhe von 12,1 Mio. €.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Einzahlungen sonstige Investitionstätigkeit	0	0,055	+0,055

Hierbei handelt es sich um die - nicht planbare - Rückzahlung überzahlter Bauausgaben.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	27,235	24,238	-2,997
--	---------------	---------------	---------------

2.2.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erwerb von Grundstücken	9,372	9,406	+0,034

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Baumaßnahmen	43,254	24,436	-18,818

Der Planansatz wurde erheblich unterschritten. Zu deutlichen Minderausgaben kam es bei den Maßnahmen „B3 Brückenstraße bis Hans-Thoma-Platz“, „Rohrbacher Straße“, „Speyerer Straße“, „Ernst-Walz-Brücke“, „Radwegenetz“, „Dach- und Fassadensanierung Albert-Schweitzer-Schule“ sowie der „Einrichtung von Recyclinghöfen“.

Da die gebildeten Haushaltsreste in der Kommunalen Doppik nicht mehr das Jahr 2007 belasten, sondern das Jahr in dem die Auszahlungen tatsächlich erfolgen, verschiebt sich die Kassenwirksamkeit in das Folgejahr (siehe auch Ziffer 2.2.3 Haushaltsreste).

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10,658	6,161	-4,497

Diverse Fahrzeugbeschaffungen werden erst in 2008 kassenwirksam bzw. wurden teilweise zurückgestellt. Die feuertechnische Infrastruktur der neuen Feuerwache wird teilweise erst 2008 beschafft und führt daher in 2007 zu Minderausgaben.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Erwerb von Finanzvermögen	0,061	0	-0,061

Der Planansatz wurde nicht in Anspruch genommen, da der Verkehrsverein die Anteile an der HKT behält und somit kein Erwerb der Beteiligung durch die Stadt erfolgt.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Investitionsfördermaßnahmen	6,348	2,106	-4,242

Da der Neubau des Elefantenhauses erst in 2009 erfolgt, wurden die eingeplanten Investitionszuschüsse noch nicht kassenwirksam. Die Förderung einer sozialverträglichen Sanierung und Modernisierung des Wohnungstatbestandes der GGH über die Bereitstellung von Zuschüssen sowie zinsgünstigen Darlehen wurde 2007 nicht in Anspruch genommen. Für Sanierungs-/ Erweiterungsmaßnahmen an Kindertageseinrichtungen freier Träger wurden erheblich weniger Investitionszuschüsse als geplant benötigt.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	69,693	42,109	-27,584
--	---------------	---------------	----------------

2.2.3 In das Folgejahr zu übertragende Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste)

Im Finanzhaushalt wurden Mittel in Höhe von 20,9 Mio. € in das Folgejahr übertragen (Anlage 2). Davon entfallen auf Baumaßnahmen rund 17 Mio. €. Für Vermögensbeschaffungen wurden Haushaltsreste in Höhe von rund 3,9 Mio. € gebildet. Im Gegensatz zur Kameralistik belasten diese Überträge nicht mehr das Jahr 2007 sondern das Jahr, in dem die Auszahlungen tatsächlich erfolgen (Ressourcenverbrauchsprinzip).

2.2.4 Einzahlungen/Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Umschuldungen	4,530	9,433	+4,903

Um günstigere Konditionen zu erhalten, wurden in 2007 Kredite in Höhe von 9,433 Mio. € umgeschuldet.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Kreditaufnahmen	25,772	0	-25,772
Restkaufpreisschulden	0,050	0,050	0
Darlehensrückflüsse	0,560	0,671	+0,111

Aufgrund der positiven Entwicklung der Erträge sowie der geringeren Investitionsausgaben konnte auf die geplante Kreditaufnahme in Höhe von knapp 26 Mio. € in 2007 verzichtet werden.

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Tilgung von Krediten	2,075	5,675	+3,600
Gewährung von Darlehen	0	0,025	+0,025

Das positive Ergebnis 2007 ermöglichte neben der Vermeidung von Kreditaufnahmen vielmehr die zusätzliche Tilgung von Krediten in Höhe von insgesamt 5,675 Mio. €.

Saldo aus Finanzierungstätigkeit	24,308	-4,979	-29,287
---	---------------	---------------	----------------

2.2.5 Haushaltsunwirksame Vorgänge

	Plan in Mio. €	Ergebnis in Mio. €	Abweichung in Mio. €
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	0	40,454	40,454
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	0	39,539	39,539

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen handelt es sich um durchlaufende Gelder (z.B. Mündelgeld), Geldanlagen und Kassenkredite.

2.2.6 Zahlungsmittelbestand

Der Anfangsbestand an Zahlungsmitteln betrug zu Jahresbeginn 10,179 Mio. €. Unter Berücksichtigung der kassenwirksamen Vorgänge ergibt sich ein Endstand an Zahlungsmitteln in Höhe von 28,733 Mio. €. Auf die geplante Entnahme von 4 Mio. € konnte verzichtet werden, stattdessen war es möglich, rund 18,6 Mio. € dem Kassenbestand „zuzuführen“.

2.3 Vorläufige Schlussbilanz auf den 31.12.2007

Die vorläufige Schlussbilanz auf den 31.12.2007 ist als Anlage 4 beigefügt. Das Gesamtergebnis des Ergebnishaushalts in Höhe von rund 18 Mio. € fließt in der Bilanz in die Position „Jahresüberschuss“ auf der Passiv-Seite ein. Nach Feststellung des Jahresabschlusses wird im Rahmen der Ergebnisverwendung in der nächstfolgenden Bilanz

- der Jahresüberschuss aus dem ordentlichen Ergebnis (17,1 Mio. €) der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses,
- der Jahresüberschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis (realisiertes Sonderergebnis) (0,9 Mio. €) der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses

zugeführt. Dadurch können künftige Verluste beim ordentlichen Ergebnis bzw. beim Sonderergebnis ausgeglichen werden.

Dem ordentlichen Ergebnis 2007 mit 17,1 Mio. € stehen Vorbelastungen für künftige Jahre in Höhe von rund 12,6 Mio. € gegenüber:

- durch die Budgetabschlüsse der Teilhaushalte in Höhe von netto 5,1 Mio. €, die in der Ergebnisrechnung nicht gesondert dargestellt werden, sondern einen zusätzlichen Aufwand im Jahr 2008 nach sich ziehen sowie
- die Bildung von Haushaltsresten in Höhe von rund 1,2 Mio. € und
- den Veränderungen bei den Beteiligungen, die im Rechnungsergebnis 2007 noch nicht berücksichtigt sind, aber 2008 als Aufwand in Höhe von netto 6,3 Mio. € nachgebucht werden.

2.4 Zusammenfassung

Wie schon 2006 weist auch der Jahresabschluss 2007 ein sehr erfreuliches Ergebnis aus. Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Überschuss von rund 18 Mio. € und damit gut 17 Mio. € über dem Planwert ab. Damit gelingt es die zwischenzeitlich vollständig erfassten Abschreibungen abzüglich Zuweisungen und Beiträge im Saldo von 27,7 Mio. € zu erwirtschaften. Betrachtet man nur die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen, die in der Übergangsphase des neuen Haushaltsrechts für den Haushaltsausgleich maßgeblich sind, ergibt sich ein Überschuss von 40,5 Mio. € (Plan 14,2 Mio. €). Der Haushaltsausgleich ist damit erreicht.

Ausschlaggebend für dieses positive Ergebnis war in erster Linie die erfreuliche Entwicklung auf der Ertragsseite. Höhere Erträge gingen durch die positive Konjunktorentwicklung sowohl beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+5 Mio. €) als auch bei den Schlüsselzuweisungen (+8,9 Mio. €) ein. Insbesondere aufgrund hoher Nachzahlungen für Vorjahre liegt das Ergebnis bei der Gewerbesteuer mit 5,6 Mio. € deutlich über dem Planansatz von 56,0 Mio. €. Die Umsetzung von Haushaltssperren war aufgrund der positiven Entwicklungen nicht notwendig.

Da gleichzeitig im Finanzhaushalt die geplanten Baumaßnahmen u. a. wegen der späten Beschlussfassung über den Haushalt nicht in vollem Umfang realisiert werden konnten, wurde statt dem geplanten Finanzierungsmittelfehlbetrag in Höhe von 28,3 Mio. € ein Finanzierungsmittelüberschuss in Höhe von 22,6 Mio. € erzielt. Dies führte unter Einbeziehung des negativen Saldos aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 4,979 Mio. € zu einer Erhöhung des Kassenbestandes um 17,6 Mio. €. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass Haushaltsreste in Höhe von 1,2 Mio. € im Ergebnishaushalt und 20,9 Mio. € im Finanzhaushalt eine Belastung für das Folgejahr darstellen.

Diese insgesamt positive Entwicklung hat auch Einfluss auf den Schuldenstand der Stadt Heidelberg. So war es in 2007 nicht nur möglich ohne Kreditaufnahmen auszukommen; vielmehr konnten Kredite getilgt und der Schuldenstand um rund 5,2 Mio. € reduziert werden. Entgegen der Planannahmen reduzierte sich die Verschuldung von rund 140 Mio. € zum 31.12.2006 auf rund 135 Mio. € zum 31.12.2007. Geplant war noch ein Schuldenstand von 164 Mio. €. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Großprojekte stellt die Schuldenbegrenzung zur Absicherung der Investitionen einen wichtigen Meilenstein dar.

gez.

Dr. Eckart Würzner